

Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, , Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** , FDP

vom

Freiheitsstrategie 2021 VI - Langfristige Maßnahmen umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, neben einem Stufenplan aus dem Lockdown folgende mittel- bis langfristigen Maßnahmen umzusetzen:

- Aufbau von Personal beim Contact-Tracing z.B. durch externe Dienstleister, um die Infektionsketten nachvollziehen zu können
- Bereitstellung von FFP2-Masken an vulnerable Gruppen
- Intensive Bereitstellung von FFP2-Masken und Schnelltests in Bereichen des öffentlichen Lebens (Kita, Schule, ÖPNV...)
- Professionelle Digitalisierung der Gesundheitsämter
- Verbesserung der Corona-Warn-App
- Konsequente Anwendung von Home-Office in der öffentlichen Verwaltung
- Konsequente Nutzung von Homeoffice-Angeboten in der öffentlichen Verwaltung
- Corona-Massenschnelltests in Landkreisen und Städten mit einem 7-Tages-Inzidenzwert auf 100.000 Einwohner > 200
- Änderung der Impfstrategie:
 - Förderung der Impfbereitschaft beim pflegerischen und medizinischem Personal:
 - Bereitstellung gut aufbereiteter Informationen
 - Schaffung flexibel buchbarer Online-Schulungen durch interdisziplinäre Impfaufklärungsteams für einen offenen Diskurs zu Impfbedenken
 - Schaffung einer Impfhhotline für individuelle Fragen
- Einbeziehung von Hausärzten und Betriebsmedizinern bei der Durchimpfung der Gesellschaft
- Priorität: Schnellstmögliche Erstimpfung der Personengruppe nach § 2 CoronaImpfV
- Aufbau und Durchführung einer breitangelegten Impfkampagne
- Verbesserung der Informationsprozesse bezüglich der Impftermine
- Erhöhung der Impfstoffproduktion in Deutschland z.B. durch neue Kooperationen und Produktionsstraßen

Screening aller positiven Corona-PCR-Test auf die bereits bekannten Corona-Mutanten (Varianten aus England/Südafrika/Brasilien). Hierzu soll eine zweite PCR-Testung vorgenommen werden, die spezifisch auf die genannten Corona-Mutationen anschlägt.

Ausbau der Genomsequenzierung:

- Ausweitung des molekularen Surveillance über die geplante 5% -10 % aller PCR-positiven SARS-CoV-2-Proben durch eine eigens auferlegte Testregion in Bayern, um den Durchseuchungsgrad im Bevölkerungsquerschnitt darstellen zu können und die Bundesregierung bei der Verbesserung des Erkenntnisgewinns zu unterstützen
- Erweiterung der Studie COVID Kids Bavaria, um die Genom-Sequenzierung bzw. Untersuchung der Auswirkungen von Mutationen auf Kinder und Jugendliche
- Bereitstellung zeitnaher und gesicherer Informationen, um der Verunsicherung in der Bevölkerung beizukommen

Schutz der vulnerablen Gruppen forcieren

- Taxigutscheine für Risikogruppen
- Einsatz externer Testteams an den Pflegeeinrichtungen zur Durchführung von Besucher-Schnelltests
- Förderung spezieller Einkaufs- und Servicezeiten für Risikogruppen in Läden und Behörden
- bessere Bedingungen für ehrenamtliche Hilfsnetzwerke wie Nachbarschaftshilfen in den Kommunen

Investition in Forschung und Entwicklung von Therapeutika

Ausstattung der Kitas, Schulen und Förderstätten mit Luftfilteranlagen

Unterstützung von Click & Collect

Begründung

Während der Corona-Krise wurden viele bürgerliche Freiheiten eingeschränkt, um das Virus an seiner Ausbreitung zu hindern und die intensivmedizinischen Ressourcen unseres Gesundheitssystems zu schützen. Vielerorts wurden dabei massiv in das Freizeit- und Berufsleben der Bürgerinnen und Bürger eingegriffen. Aus diesem Grund sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, dass der Staat in seiner Einflussosphäre sein Möglichstes gibt, um gegen die Ausbreitung der Pandemie vorzugehen. Dabei gibt es noch eine Vielzahl von "Hausaufgaben", bei denen der Freistaat noch in der Bringschuld gegenüber den Einwohnerinnen und Einwohnern Bayerns ist. Der Bayerische Landtag fordert die Staatsregierung auf, ihre Anstrengungen im Kampf gegen das Virus zu intensivieren, den Schutz der vulnerablen Gruppen ernst zu nehmen und bei Einschränkungen und Auflagen mit gutem Beispiel voran zu gehen.